

Verein zur Förderung der Liberalisierung von Kfz-Kennzeichen im Kreis Gütersloh e. V.



&



Verein HW & WD · Samlandweg 45 · 33790 Halle

Per Fax

Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen
z. H. Herrn Minister Michael Groschek
Jürgensplatz 1
40219 Düsseldorf

Achim Wahlbrink
(1. Vorsitzender/Kassenverwalter)
Samlandweg 45
33790 Halle
Tel.: (0 52 01) 65 86 61 [Vereinsbüro]
Tel.: (0 52 01) 1 59 16 80 [mobil]
Fax: (0 52 01) 8 97 49 97
Email: hw-wd@gmx.de
www.altkennzeichen-hw-wd.net
Ihr Zeichen; Ihre Nachricht vom:

Datum:
Montag, 31. August 2015

Wunschkennzeichen „HW“ und „WD“ im Kreis Gütersloh

Sehr geehrter Herr Minister Groschek,

seit 01.11.2012 dürfen in Deutschland die früheren Altkennzeichen der Landkreise als Wunschkennzeichen liberalisiert werden. Dieses Gesetz wurde auf Wunsch der Bürger im Bundesrat verabschiedet. Im gesamten Land gibt es unterschiedliche Zuständigkeiten, damit die Liberalisierung von früheren Kennzeichen auf den Weg gebracht wird. Bei uns in NRW liegt die Zuständigkeit hier bei den Landkreisen.

Im Zeitraum von Ende April 2014 bis Ende Juni 2014 habe ich per Onlinepetition Unterschriften für die Liberalisierung des HW-Kennzeichens (Halle/Westfalen) gesammelt. Die Bürgermeister(-innen) sämtlicher Kommunen im Altkreis Halle haben mir auf Anfrage nach den Kommunalwahlen im Mai untersagt, Unterschriftenlisten zentral in den Rathäusern auszulegen. Im gleichen Zeitraum hat man dort jedoch Unterschriften für den Erhalt eines Krankenhauses im benachbarten Niedersachsen gesammelt.

Mittlerweile gibt es im Kreis Gütersloh rund 5000 Befürworter der beiden Altkennzeichen „HW“ und „WD“. Fast die gesamte Politik rund um unseren Landrat Herrn Adenauer (zwei Drittel der Wahlberechtigten Bürger im Kreis haben diesem im Mai 2014 ihre Stimme verweigert) spricht bei dem Wunsch nach der Kennzeichenliberalisierung von „Nonsens“ und verweigern den Bürgern diesbezüglich jegliche Unterstützung. Man spricht von einer „Aushöhlung des GT-Kennzeichens“. Vor knapp 10 Wochen hat der Verein diese These öffentlich widerlegt. Bei rund 300 000 zugelassenen Kraftfahrzeugen im Kreis Gütersloh stellen rund 10 000 Altkennzeichen (Durchschnittswert in Deutschland) keine Gefahr dar. Es werden keine neuen Verwaltungsbezirke gefordert, sodass der Kreis mit Zusatzeinnahmen im sechsstelligen Bereich rechnen kann. Eine Antwort der Politik hierauf hat es bislang noch nicht gegeben. Auch eine Rückmeldung der Stadtoberhäupter aus Halle und Rheda-Wiedenbrück nach einem persönlichen

Verein zur Förderung der Liberalisierung von Kfz-Kennzeichen im Kreis Gütersloh e. V.



&



Gespräch Anfang März diesen Jahres liegt bis heute nicht vor. Des Weiteren wurde inzwischen bekannt, dass es von der zuständigen Behörde im Kreis im Jahr 2011 keine Zustimmung zu einer Bürgerbefragung zur Kennzeichenliberalisierung durch die Hochschule Heilbronn gegeben hat. Anfang 2015 wurden sämtliche Kreistagsmitglieder vom neu gegründeten Verein HW & WD angeschrieben. Im März erfolgte dann eine Antwort des „Ältestenrat“. Dieser sieht weiterhin keinen Handlungsbedarf des Kreistages. Unterschrieben haben alle Fraktionsvorsitzenden mit Ausnahme der „Liberalen Fraktion“. Anschließend bittet der Verein um ein persönliches Gespräch mit dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion Herrn Dr. Sökeland. Diese Anfrage bleibt unbeantwortet. Eine Beschwerde beim Petitionsausschuss des Landes NRW im Sommer 2014 wurde mit der Zuständigkeit des Kreises Gütersloh beantwortet. Die gleiche Antwort kam vom CDU-Bundesvorstand aus Berlin. Im Spätsommer letzten Jahres hat es ein Gespräch mit dem Bundestagsabgeordneten Herrn Brinkhaus (CDU) gegeben. Dieser zeigte lediglich Verständnis für die Haltung von Herrn Adenauer und empfiehlt in dieser Angelegenheit den Verein „Mehr Demokratie“. Dessen Zuständigkeitsbereich liegt jedoch bei der Unterstützung von „Bürgerbegehren“, welches in diesem Fall sicherlich nicht zum Erfolg führen würde. In keiner Kommune in Deutschland hat es in der Vergangenheit so etwas gegeben. Hier haben überall die Entscheidungsträger politische Stärke demonstriert, indem man ggf. die Fehlentscheidung aus dem Jahr 2012 zugunsten der Bürger aus eigener Veranlassung korrigiert hat. Ein Bürger- bzw. Einwohnerantrag macht im Kreis Gütersloh auch keinen Sinn, da bei der größten Fraktion im Kreistag (CDU) anscheinend in politisch wichtigen Dingen einen Fraktionszwang gibt. Diese Erkenntnis beruht auf Erfahrungen in der Vergangenheit, bei denen häufig Entscheidungen zulasten der Bürger die Folge waren. Dieses Phänomen gibt es anscheinend hauptsächlich im Kreis Gütersloh. Die Politik und Wirtschaft steht im Vordergrund und der Wähler wird zum Bürger 2. Klasse degradiert.

Ohne Kommunikation zwischen allen Seiten sind keine Lösungen zu erreichen. Das hat man auch beim Weiterbau der A 33 gesehen. Ein „Bürgerentscheid“ hätte diesbezüglich auch keinen Erfolg gebracht, sondern die Verhandlungsbereitschaft aller Parteien ist der Schlüssel zum Erfolg gewesen.

Im Kreis Gütersloh hingegen lässt die Politik und Wirtschaft ihre Bürger schonungslos im Regen stehen. Um die Gleichstellung in NRW wiederherzustellen wenden wir uns nunmehr an Sie lieber Herr Minister. Die Bürger in unserem Kreis sind es Leid von der Politik ausgegrenzt zu werden und möchten weiterhin bei bürgerfreundlichen Gesetzen ein Mitbestimmungsrecht haben. Der Verein HW & WD steht allen hierbei zur Seite und wünscht sich kompetente Hilfe.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Achim Uchler', written over a light grey background.